



Stadtratsfraktion

Mainz, 18.12.2019

Antrag **1949/2019/1** zur Sitzung Stadtrat am **18.12.2019**

Änderungsantrag zur Vorlagennummer 1949/2019 – "Einrichtung eines Jugendparlaments in Mainz (ÖDP)" (CDU)

Die Ziffern 1 bis 4 des Antrags werden gestrichen und durch folgende Punkte ersetzt:

1. Im Rahmen des Modellprojekts „Politisch bilden – Demokratie erfahren – Jugend(sozial)arbeit vernetzen“ ist unter Einbeziehung der Erkenntnisse aus der bereits abgeschlossenen Arbeit der Steuerungsgruppe Kinder- und Jugendbeteiligung zu prüfen, wie im Rahmen des bereits vorliegenden Konzepts eine Jugendparlament eingerichtet werden kann.
2. Sollte dies im Modellprojekt nicht möglich sein, wird die Verwaltung alternativ beauftragt, einen Maßnahmenkatalog mit einem Zeit- und Umsetzungsplan vorzulegen, wie ein Jugendparlament in der Stadt Mainz etabliert werden kann.
3. Zudem soll geprüft werden, wie bis zur Wahl eines Jugendparlaments die bereits vorgesehenen Veranstaltungsangebote im Rahmen des Modellprojekts so erweitert werden können, dass die aktive Beteiligung im politischen Prozess über das vorgesehene Maß hinaus gestärkt werden kann und konkrete Anliegen von Kindern und Jugendlichen verstärkt in den Fokus gerückt werden können.
4. Wiederholt soll geprüft werden, wie das Ziel der Einrichtung eines Kinder- und Jugendbüros erreicht werden und welche Finanz- und Personalkapazitäten dafür zur Verfügung gestellt werden müssen. Darüber wird im Jugendhilfeausschuss berichtet.

Begründung:

Der Jugendhilfeausschuss und der Stadtrat haben 2012 beschlossen, ein Konzept zur Kinder- und Jugendbeteiligung in Mainz zu entwickeln. Die daraufhin eingesetzte Arbeitsgruppe hat in einem langwierigen Prozess verschiedene Beteiligungsformen diskutiert, umfassende Informationsgespräche geführt, eine Befragung von Kinder und Jugendlichen durchgeführt und schließlich ein Handlungskonzept entwickelt. Hohe Priorität hatte dabei die Gründung eines Kinder- und Jugendbüros. Ebenfalls sollte der Austausch mit Kindern

und Jugendlichen in den Stadtteilen intensiviert werden. Dies waren auch die zentralen Ergebnisse der damaligen Befragung.

Aufgrund fehlender Personalkapazitäten im Amt für Jugend und Familie wurden andere Finanzmöglichkeiten zum Ausbau der Beteiligung ausgelotet. Leider konnten trotz unterschiedlicher Anläufe keine Modell- oder Finanzierungsbeteiligungen aus anderen Töpfen gefunden werden. Mit Beschluss des JHA am 10. September 2019 ist es dann gelungen, im Rahmen des Landesprojekts „Politisch bilden – Demokratie erfahren – Jugend(sozial)arbeit vernetzen“ für die Dauer von 2 Jahren Finanzmittel für eine verbesserte Partizipation von Kindern und Jugendlichen durch mehr Beteiligung zu erhalten. Der Stadtjugendring wird die Durchführung des Projekts übernehmen und über die Ergebnisse in den städtischen Gremien berichten.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Gez.

Hannsgeorg Schönig
Fraktionsvorsitzender